

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Franz Josef Pschierer

Abg. Gerd Mannes

Abg. Benjamin Miskowitsch

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Volkmar Halbleib

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Aufbau von CCU/S-Technologien zum Schutz von Klima und bayerischer Industrie (Drs. 18/25942)

Ich eröffne die Aussprache, sie ist mit 32 Minuten vereinbart. Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Franz Josef Pschierer für die FDP-Fraktion.

Franz Josef Pschierer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein komplexes Thema zum Schluss dieser Debatte.

(Tobias Reiß (CSU): Dem der Redner gerecht wird!)

Es geht um das Thema CO₂-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung. Vielleicht in aller Kürze: Die internationale Staatengemeinschaft hat sich auf eine CO₂-neutrale Gesellschaft verständigt. Das wird auch vom Weltklimarat unterstützt. Das bedeutet aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir, was das Thema CO₂ angeht, auch neue Wege beschreiten müssen. Das heißt ganz konkret, dass das Thema Speicherung, Carbon Storage und Carbon Utilization – also Nutzung von CO₂ – ein Thema sein wird.

Ich weiß, dass das in der deutschen Gesellschaft nicht gern gesehen wird, dass es umstritten ist. Der Weg wird aber nicht daran vorbeiführen. Eine Anmerkung in Richtung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir alle wollen CO₂-neutral produzieren, wir wollen diese CO₂-neutrale Gesellschaft, aber es wird auch künftig nicht ohne Emissionen gehen. Ich nenne beispielsweise die chemische Industrie, die Zementindustrie, und da sind noch viele andere. Wenn Sie die Industrie in Deutschland halten wollen, dann müssen Sie sich diesem Thema stellen.

(Tobias Reiß (CSU): Sagen Sie das der Bundesregierung!)

– Sie müssen das Thema Carbon Management auch seitens der Staatsregierung aufgreifen. Sie müssen mit der bayerischen Industrie in Kontakt treten, wie wir das Thema CO₂ angehen wollen. Am Schluss wird CO₂ übrig bleiben, es sei denn, wir wollen in Deutschland keine Industrie mehr. Deshalb müssen wir den Weg beschreiten, den auch andere Länder in Europa beschreiten. Ich nenne einmal Dänemark und Norwegen. Dänemark speichert und verpresst CO₂ an der Nordsee. Ob das von uns gewollt wird oder nicht – wir werden uns international als Industriestandort dem nicht entziehen können. Ich plädiere deshalb dafür, dass auch die Staatsregierung, insbesondere das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium, dieses Thema aufgreifen und es gemeinsam mit den großen Industrieverbänden im Freistaat Bayern angehen. Ich nenne die Stahlindustrie, die chemische Industrie, die Papierindustrie und die Zementindustrie. Die wollen wir auch künftig haben. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Nun weiß ich nicht genau, was ich sagen soll.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist meistens so!)

Wir haben gerade CO₂-frei gehört. Warum ist die FDP dann lange nicht für den Weiterbetrieb der Kernkraft gewesen, und warum wollen Sie keine neuen Kernkraftwerke? Das wäre der beste Beitrag zu einer CO₂-freien Energieproduktion. Das verstehe ich einfach nicht. Das ist doch besser als alles andere.

Franz Josef Pschierer (FDP): Herr Kollege Mannes, das Leben ist leider kein Wunschkonzert. Sie kennen die Position der FDP. Wir waren für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke, zumindest der drei bestehenden, und zwar so lange, wie die Brenn-

elemente noch verfügbar sind und ausreichen. Diese Messe ist gesellschaftspolitisch aber gelesen.

(Gerd Mannes (AfD): Nein, ist sie nicht!)

– Entschuldigung, Herr Kollege Mannes, das Thema ist durch. Das heißt nicht, dass ich das gut finde. Ich bin damals, in der alten Fraktion, immer jemand gewesen, der für Kernenergie war, weil das für mich eine Energieform war, die versorgungssicher war, die preisstabil war und die umweltfreundlich war. Mir wäre es auch lieber, die drei Kernkraftwerke würden laufen und Herr Habeck müsste nicht Steinkohle und Braunkohle verheizen, um Strom zu erzeugen. Das ist doch der Skandal. Entschuldigung, Sie wissen doch, eine Koalition ist kein Wunschkonzert. Hier hat sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus ideologischen Gründen – nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus ideologischen Gründen – nicht bewegt. Entschuldigung, das passt jetzt nicht zum Thema, aber man muss das Herrn Habeck – –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pschierer, Ihre Redezeit ist um.

Franz Josef Pschierer (FDP): Ganz kurz noch.

Präsidentin Ilse Aigner: Lieber Herr Kollege Pschierer, das – –

Franz Josef Pschierer (FDP): Die drei Kernkraftwerke sind abgeschaltet. Dabei wird es bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke. – Der nächste Redebeitrag kommt von Herrn Kollegen Benjamin Miskowitsch für die CSU-Fraktion.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein hochgezogener Antrag, den wir bereits im Wirtschaftsausschuss behandelt haben. Die Meinung der Staatsregierung hat sich seitdem nicht verändert. Wir bleiben bei unserem Votum der Ablehnung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der FDP-Antrag bezieht sich auf den Evaluierungsbericht der Bundesregierung zum CO₂-Speicherungsgesetz. Was Herr Kollege Pschierer vergessen hat, ist das Fazit dieser Studie. Es besagt, nur dort, wo man schwer vermeidbare CO₂-Emissionen hat – Sie haben das richtig aufgeführt, das sind beispielsweise die Zementindustrie, die Stahlproduktion oder die Ethylenproduktion, die wir in Bayern beispielsweise in Münchsmünster oder in Burghausen haben –, wo man sie wirklich nicht vermeiden kann durch Elektrifizierung, Einsparung, Effizienz usw., dort könnte eventuell CCU/CCS zur Anwendung kommen. Das ist das Fazit dieser Studie.

Sie haben das jetzt umgedreht und machen daraus ein großes Ding. Das erweckt den Anschein, wir könnten weitermachen mit der Verbrennung von fossilen Energien wie bisher. Da muss ich schon sagen, wenn man noch immer dafür ist, Gas und Öl, das Millionen Jahre lang sicher im Erdreich gebunden war, herauszuholen und zu verbrennen, und dann über CCS nachdenkt, dann ist man definitiv auf der falschen Bahn. Wir halten nichts davon, dass wir in Deutschland 16 unterschiedliche Carbon-Management-Strategien haben und werden uns deshalb enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Rainer Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Auch ich darf an dieser Stelle auf unseren federführenden Ausschuss verweisen. In der Sitzung vom 9. Februar wurde dieser hochgezogene Antrag ausführlich

beraten, verabschiedet und mehrheitlich abgelehnt. Es haben sich seither für uns keine neuen Erkenntnisse ergeben.

Die Bayerische Staatsregierung kennt die Notwendigkeit und die Bedeutung der CO₂-Speicherung und –Nutzung. CCU-, CCS-Maßnahmen sind Teil der bayerischen Politik. Ich möchte aber ausdrücklich noch einmal betonen: Es ist nicht zielführend, meine Damen und Herren, wenn Bayern hier allein oder jedes der 16 Bundesländer seinen eigenen Weg geht. Die Speicherung von CO₂ muss zentral diskutiert werden, um bei einem so wichtigen Zukunftsthema einheitlich vorzugehen, Herr Pschierer. Als Ampel-Fraktion haben Sie es selbst in der Hand und den besten Einfluss in Berlin, diesen Abstimmungsprozess zwischen Bund und Ländern weiter zu entwickeln und zu priorisieren. Unter all diesen Aspekten ist Ihr Antrag obsolet, und wir lehnen ihn erneut ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die ökosozialistische Planwirtschaft ist fester Bestandteil bei der FDP geworden. Herr Pschierer, wohin haben Sie sich denn verirrt? – Anders kann man den vorliegenden Antrag doch wirklich nicht erklären.

Die Forderung zur CO₂-Abscheidung, die könnte auch von Fridays for Future kommen. Angesichts der derzeitigen Lage und aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das doch weltfremd. Sie wollen unsere ganze Volkswirtschaft an einer windigen und geldgierigen europäischen Zertifikate-Industrie orientieren. Was passiert gleichzeitig? – Unsere Industrien wie Chemie, Stahl, Automobil stehen im globalen Wettbewerb mit China, USA und dem Rest der Welt. Während wir die Energieerzeugung mit der Abschaltung von Kern- und Kohlekraftwerken verteuern, werden allein in Asien – und das sollten

die GRÜNEN auch einmal zur Kenntnis nehmen – 600 neue Kohlekraftwerke geplant. Hier befinden sich doch wirklich alle im Elfenbeinturm.

Die Konsequenzen sind klar: Die Industrien, die ich gerade aufgezählt habe, haben einen deutlichen globalen Wettbewerbsnachteil und werden mittelfristig aus Europa verschwinden. Bereits heute belastet man durch die CO₂-Bepreisung die deutsche Wirtschaft mit 32 Milliarden Euro jährlich. Das sind 400 Euro pro Bürger – ein zerstörerischer Wahnsinn für unsere Wirtschaft und für unsere Endverbraucher. Verantwortungsbewusste Politiker würden in dieser Situation nach Möglichkeiten suchen, günstige Energien für Bürger und Wirtschaft bereitzustellen.

Sie von der FDP fordern den Anschluss von – nicht existierenden – CO₂-Abscheideanlagen an – nicht existierende – CO₂-Leitungsnetze. Damit wären milliardenschwere Investitionen nötig, die nur bei Existenz von CO₂-Zertifikaten Sinn ergäben. Die CO₂-Abscheidungen von Kohlekraftwerken erhöhen die Stromgestehungskosten um bis zu 50 %. Das hat das Büro für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestags ermittelt. Durch Abscheidungstechnologien würde die Stromerzeugung also bei aktuellem Stand der Technik alles weiter extrem verteuern.

Es ist möglich – insofern gebe ich Ihnen recht –, dass nach Anrechnung der Kosten für die windigen CO₂-Zertifikate, die es ja momentan gibt, die Kohleverstromung günstiger wäre als der einseitige Ausbau des wetterabhängigen Flatterstroms durch Solar und Wind; das stimmt. Trotzdem: Wer den breiten Einsatz von CCS-Technologien fordert, der fordert damit den weiteren Anstieg der Stromgestehungskosten. Herr Pschierer, das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen.

Die Weiterverarbeitung des Kohlendioxids ist einfach mit hohen Kosten verbunden. Es muss auch extrem viel Energie für die Speicherung – oder die Aufspaltung; je nachdem, was Sie machen wollen – aufgewendet werden.

Aus diesen Gründen ist eine Weiterverarbeitung von CO₂ ökologisch eigentlich nicht sinnvoll. Die anderen blasen es einfach in die Luft; das ist die Realität.

Wir, die AfD, sind Realisten und offen für den Einsatz neuer Technologien. CO₂-Abscheidungen könnten dazu führen – das stimmt –, dass Kohle- und Gaskraftwerke in Betrieb bleiben dürfen. Deshalb sind wir für den Einsatz von öffentlichen Mitteln für Forschung und Entwicklung in Sachen CO₂-Abscheidung und -Weiterverarbeitung. Wir lehnen aber Ihren Antrag, Herr Pschierer, zu einem staatlichen Engagement beim Aufbau einer CO₂-Infrastruktur ab; denn wenn die Abscheidung von Kohlendioxid über die Leitungsnetze für die Industrie interessant wäre, dann würden sich Investoren dafür finden. Es braucht keinen Staat, der hierfür Steuergelder aufwendet.

Also: Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herrn Kollegen Pschierer und der gesamten FDP müssen wir zugestehen: Es ist ein wichtiges Thema, mit dem wir uns auch in Zukunft befassen müssen. Wir werden uns dem Votum der GRÜNEN – Enthaltung – anschließen. Ich darf es kurz begründen. Wir sind tatsächlich gut beraten, eine Gesamtstrategie auf nationaler Ebene zu finden, in der die Grundsätze, die Möglichkeiten und der rechtliche Rahmen – auch der Regulierungsrahmen – für das Carbon-Management abgesteckt werden. Das wäre wichtig, bevor jedes einzelne der 16 Bundesländer eine eigene Strategie umsetzt.

(Zuruf von der CSU)

– Zuhören wäre manchmal sinnvoll, nicht nur beim vorhergehenden Sachverhalt, sondern auch bei diesem.

Im zweiten Absatz Ihres Antrags werden der Stakeholder-Dialog, die Clusterregionen und natürlich der direkte Anschluss genannt. Ich glaube, damit gehen Sie einen Schritt zu weit. Es wäre besser, zuerst einen Bericht zu bekommen. Ihr Antrag ist zu einem sehr frühen Zeitpunkt schon sehr operativ ausgestaltet. Das ist nicht immer falsch; aber in diesem Fall hätte es Sinn, sich erst einmal mehr Informationen zu verschaffen.

Zum letzten Punkt Ihres Antrags: Es hat natürlich Sinn, dass der Freistaat Bayern auf der Energieministerkonferenz CCU/S weiter thematisiert. Dem würden wir zustimmen.

Insgesamt kommen wir zur Enthaltung, für die wir um Verständnis bitten. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion sowie Herr Kollege Bayerbach (fraktionslos) und Herr Kollege Sauter (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Damit ist der Antrag abgelehnt.